

Contraste: "Bedingungsloses Grundeinkommen. Eine Basis für solidarische Ökonomie?"

Dem Thema „Bedingungsloses Grundeinkommen. Eine Basis für solidarische Ökonomie?“ widmet sich schwerpunktmäßig die Ausgabe 278 (Nov. 2007) der Contraste – „Monatszeitung für Selbstorganisation“.

Robert Ulmer vom dt. Netzwerk Grundeinkommen schreibt, dass ein Grundeinkommen die Projekte solidarischer Ökonomie nicht mehr zum Zweck der eigenen Existenzsicherung zum kurzfristigen Erfolg verdammt. Der enorme Druck, unter dem solche Projekte oft stehen, würde genommen. Eine solidarische Ökonomie mit Grundeinkommen würde von Mitwirkungspflichten entheben, die individuelle Freiheit würde gestärkt. Denn solche Pflichten – so ist zu befürchten – könnte es auch in einer nachkapitalistischen Gesellschaft geben.

Elisabeth Voß hält ein bedingungsloses Grundeinkommen für ein bedenkenswertes und präzise zu gestaltendes Instrument gegen Armut und Ausgrenzung, für menschliche Freiheit und Solidarität. Von den „Hartz-IV-Gebeutelten“ würde eine große Last genommen werden. Die Projekte der solidarischen Ökonomie, die angetreten sind, neue Freiräume herzustellen und Selbstbestimmung zu ermöglichen, hatten immer schon ihre Grenzen in der marktwirtschaftlichen Konkurrenz mit ihren Zwängen. Besonders in neuen Gründungsinitiativen herrscht der Zwang zum Geldverdienen.

Mit einem BGE würden innovative Potenziale freigelegt. Es ginge nicht mehr darum: Was braucht der Markt? Sondern was möchte ich wirklich tun? Welche Art der Tätigkeit liegt mir? Es könnte eine Ökonomie des Nutzens statt des Profits gefördert werden. Immer mehr Teile der Wirtschaft könnten in solidarische Formen übergeführt werden.

„Das Denken im Kapitalismus ist so tief in Zwängen verhaftet, dass wir uns heute kaum vorstellen können, zu welchen Leistungen Menschen beflügelt werden könnten, wenn sie davon befreit wären“. Ein BGE würde Freiräume schaffen für solidarisches Wirtschaften und den Ansatz einer Keimform für eine andere, nicht-kapitalistische Welt darstellen. Ungelöst wäre noch die Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln. Ein BGE lindert die tägliche Not, aber es schafft keine Grundlagen für Investitionen.

Kai Ehlers beschäftigt sich in seinem Beitrag mit drei Fragen: Wie hoch soll ein BGE sein? Wer erhält es? Wer kommt für die Kosten der Gemeinschaftseinrichtungen, für soziale Infrastruktur auf?

Während er den Althaus-Vorschlag („Solidarisches Bürgergeld“/CDU) ablehnt, kann er Götz Werners (DM-Eigentümer) Modell einiges abgewinnen. Finanziert werden könnte das BGE durch eine Verbrauchs- und eine Ressourcenbesteuerung sowie eine Besteuerung des Kapitals. So könnte das Modell in Richtung „Nutzungsgesellschaft“ führen. Dabei würde das Kapital allen – nach Maßgabe ihrer Fähigkeiten und eingebunden in soziale Zusammenhänge – zur Nutzung gegen Gebühr, also Steuern und Mieten, zur Verfügung stehen.

Eine zentrale Frage ist für den Autor, wer für die Grundkosten der allgemeinen Infrastruktur aufkommt („Geburtsstätten“, Verkehrswege bis hin zur Versorgung der Sterbenden). Was nützt ein hohes Grundeinkommen, wenn diese Leistungen teuer sind? – fragt Ehlers. Ebenfalls unklar ist, wer sicherstellt, dass der Geldwert des BGE erhalten bleibt. Grundeinkommen, Bildung von Solidargemeinschaften und Eigenarbeit greifen, so Kai

Ehlers, wie drei Ringe ineinander: „Was so entstehen könnte, nenne ich eine integrierte Gesellschaft“.

Ulli Frank gefällt am Grundeinkommen v.a. die Bedingungslosigkeit. Das BGE würde die Arbeitsmoral keineswegs zerrütten, sondern im Gegenteil. Die Diskussion über die Bedingungslosigkeit hält der Autor für eine der gewaltigsten Bewusstseinsveränderungen seit 400 Jahren. Zuerst müsse aber „die alte Sklavenmentalität, die alte protestantische, traditionelle Arbeitsmoral“ aufgegeben werden.

Ronald Blaschke vom dt. Netzwerk Grundeinkommen setzt sich in seinem Beitrag mit dem „kapitalistischen Beschäftigungsstaat“ auseinander, der soziale und ökologisch bedenkliche Folgen zeitigt sowie mit einem umfassenden Verständnis von Ökonomie. Dieser „Beschäftigungsstaat“ sei der Vorwand für viele politische Maßnahmen: so für die Senkung von Unternehmenssteuern durch die Bundespolitik, für die Förderung von fossiler Energie durch die Landespolitik und die Unterstützung der Errichtung von Einkaufszentren auf der grünen Wiese durch die Kommunalpolitik.

Die pure Existenzangst verhindere heute Debatten über die Sinnhaftigkeit von Erwerbsarbeit, z.B. ob Rüstungsprodukte oder klimaschädliche Produkte erzeugt werden sollen (Stichwort Flugzeugbau). „Arbeitsplatz sichern“ ist die individuell verständliche, aber katastrophale Devise“, so Blaschke. Mit der „reduktionistischen ökonomischen Denkweise“ lässt sich auch der ungeheuerliche Verschleiß natürlicher und menschlicher Ressourcen, der durch die Verkürzung der Lebensdauer von Konsumgütern und Moden entsteht, erklären. Ökonomisch sinnvoll ist demnach auch die Entsolidarisierung und Kolonialisierung sozialer Welten durch die zunehmende Dominanz „ökonomisierter“ nämlich professioneller und bezahlter Dienstleistungsarbeit.

In der solidarischen Ökonomie tritt der „Mehrwert für alle“ an die Stelle des dem Tauschwert immanenten Äquivalenzprinzips. Eine Abkehr von der „reduktionistischen Ökonomie“ zur „solidarischen Ökonomie“ hieße zuerst reflektieren: Was braucht mensch zum guten Leben? „Der Ruf nach `Arbeitsplätzen´ oder nach `Export- und Binnenkonjunktur´ dagegen ist Ausdruck des Schlafes der menschlichen Vernunft, welcher viele hässliche und lebensbedrohliche Ungeheuer gebiert“. Eine „Ökonomie des ganzen“ Hauses würde bedeuten, dass „massenhaft ökologisch und sozial unverantwortliche (desaströse) Arbeitsplätze stillgelegt werden müssen“.

Nach der Frage des WAS der Produktion kommt die Frage des WIE. Zum Ansatz einer solidarischen Ökonomie gehört – so Blaschke - auch die Emanzipation des Individuums vom Zwang zum ökologisch, sozial und ökonomisch unverantwortlichen Tun. „Es muss vom Zwang abgerückt werden, denn das ökologische und soziale Gewissen des Einzelnen steht prinzipiell über den Bestimmungen der vielen bzw. der Mehrheit. Das BGE ist eine Möglichkeit der Abwehr“.

Erst das bedingungslose Grundeinkommen ermöglicht freie Kooperationen, egal in welcher ökonomischer Sphäre. Existenziell oder institutionell erzwungene Kooperationen beschädigen solidarische Ökonomie nachhaltig, so Blaschke.

Bestellung, Kontakt: <http://www.contraste.org>

-mb-

